

KOMMENTAR

Über den Schatten springen

Von Norbert Spinrath

Das Schengener Durchführungsübereinkommen ist zweifellos ein wesentliches Instrument grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit. Dies wurde von allen Fachreferenten auf der GdP-Veranstaltung "Presse und Polizei" betont. Jetzt ist es an der Zeit, dieses Übereinkommen zu aktualisieren und zu modernisieren. Niemand will die nationalen Polizeien zu Gunsten einer Europa-Polizei abschaffen. Es kann aber auch nicht sein, dass Nationalstaatsdenken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit behindert. Das Schengener Durchführungsübereinkommen war und ist ein mutiger Schritt - ohne Frage. Ich habe allerdings den Eindruck, als wäre es zugleich schon wieder ein Zurückzucken, so als ob man beim Schritt voraus fast zu weit gegangen wäre. Wie anders sind die merkwürdigen nationalen Bedingungen bei der Regelung beispielsweise der Nacheile zu werten?

Wovor haben eigentlich die Politiker Angst? Etwa, dass die Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Ländern es sich nicht gefallen lassen würden, wenn fremde Polizisten in ihrem Land tätig würden? Ich kann die Politiker beruhigen. Schon vor sechs Jahren brachte ein Forschungsprojekt der Polizeiführungsakademie und der niederländischen Polizeiakademie erstaunliche Ergebnisse. Die Bürgerinnen und Bürger denken offenbar wesentlich großzügiger als die Politiker.

Im Rahmen dieses Forschungsprojekts gab es folgende Frage: "Halten Sie es für sehr positiv, eher positiv, eher negativ oder sehr negativ, wenn Polizeikräfte jedes Landes berechtigt sein werden, Ermittlungen in einem anderen Land durchzuführen und dort Straftäter zu verhaften?" Wohlgemerkt, diese Frage impliziert Befugnisse, die weit über das Thema Nacheile hinausgehen, nämlich die Befugnis für konkrete Ermittlungen und Festnahmen im jeweiligen Ausland.

Die höchste Zustimmung (bei Addition von sehr und eher positiv) erhielt diese Frage in Belgien mit 87,5 Prozent, gefolgt von Frankreich mit 81,4 Prozent und den Niederlanden mit 80,1 Prozent. Die westdeutsche Bevölkerung - ausgerechnet! - war mit 76,6 Prozent zwar immer noch weit überwiegend positiv gestimmt, aber eben doch nicht in dem Maße wie unsere westlichen Nachbarn.

Es gibt also keine vermutete Ablehnung der Bevölkerung, hinter der sich die Politiker der betroffenen EU-Mitgliedsländer verstecken können, wenn es um praxisgerechte Regelungen für Eingriffsbefugnisse der Polizei geht. Ich kann also nur die Regierungen der am Schengener Durchführungsübereinkommen beteiligten Staaten auffordern, dort, wo es nötig ist, über den nationalen Schatten zu springen und zu einer wirklichen, effektiven polizeilichen Zusammenarbeit bereit zu sein.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 6/2000](#))